

AfD-Parteitag: Das soziale Profil entscheidet über Aufstieg zur Volkspartei



Von WALTER EHRET | Der Marsch der AfD durch die Institutionen mischt gegenwärtig Deutschlands Parteiensystem auf. Doch das birgt auch Gefahren für die Alternative. Die derzeitigen politischen Bewegungen zwingen den Blauen eine längst überfällige Entscheidung auf.

Wenn sich an diesem Wochenende die Delegierten der AfD in Augsburg zu ihrem 9. Parteitag treffen, geht es um weit mehr als um die herausgestellte Verabschiedung eines längst überfälligen Rentenkonzeptes. Zur Debatte steht im Hintergrund vor allem die Entscheidung zwischen einer Zukunft als Volkspartei oder einem Schritt in Richtung einer wirtschaftsliberalen Klientelpartei. Eine Wegesentscheidung, die die AfD längst hätte treffen müssen.

„Die AfD ist die Partei des kleinen Mannes“

Ausgerechnet der millionenschwere Champagner-Sozialist Jacob Augstein brachte das Dilemma um die Zukunft der AfD in einem kontroversen Beitrag im SPIEGEL auf den Punkt. Er prognostizierte der Alternativen in dieser von Links heftig angefeindeten Kolumne einen „raketenhaften Aufstieg zur Volkspartei“, falls die AfD sich ein umfassendes soziales Profil gibt und sich von ihrem wirtschaftsliberalen Flügel trennt.

Augstein sprach dabei in einem zweiten Beitrag aus, was in Deutschland ansonsten nur hinter vorgehaltener Hand zugegeben wird: „Die AfD hat die SPD längst als Partei des kleinen Mannes abgelöst“.

Mit dieser Analyse trifft der Berufsmahner des Spiegels den Nagel auf den Kopf. Denn tatsächlich kann die AfD nur zur Volkspartei werden, wenn sie sich ein umfassendes soziales Profil auf die Fahne schreibt. Und das hat rein gar nichts mit einer Hinwendung der Partei zum Sozialismus zu tun, wie das der neokonservative Flügel in der AfD immer wieder mit lautem Geschrei heraufzubeschwören versucht. Ein solches Erfolgsprofil hatte auch die erfolgreiche wertkonservative CDU in der Ära Kohl, die ganz sicher keine sozialistischen Tendenzen hatte.

Die Entscheidung zur sozialen Transformation ist deshalb schlicht den Wählerkreisen geschuldet, die gegenwärtig bereit sind, die AfD auch zu wählen. Und das ist eben vor allem die Arbeiterschaft und die tätige Mittelschicht. An dieser Erkenntnis kommt die AfD nicht vorbei. Die Partei hat deshalb gar keine andere Wahl, als sich über kurz oder lang ideologisch auf ihre Wählerkreise zuzubewegen, wenn sie diese langfristig binden will.

Eine soziale Konzeption ist den Wählerkreisen geschuldet

Wie gravierend dabei die Wählerstimmerverschiebung innerhalb der miteinander konkurrierenden Parteiflügel inzwischen sind, zeigt sehr gut eine Wahlanalyse des DGB auf. Die Gewerkschaft beklagt in dieser Untersuchung, dass bei der Bundestagswahl 2017 bereits 15 Prozent ihrer Mitglieder für die AfD votierten. Im Osten waren es sogar 22 Prozent und das mit stark ansteigender Tendenz.

Im von der Autoindustrie geprägten Ingolstadt, wo Audi 30.000 Mitarbeiter beschäftigt, wurde die AfD bei der Bundestagswahl zur zweitstärksten politischen Kraft. Ähnliche Werte fuhr die

AfD auch in anderen großen Industriezentren ein, wie etwa im baden-württembergischen Mannheim. Diese Wahlwerte belegen eindrucksvoll, welchen Gesellschaftskreisen und welcher Motivation die Alternative ihre derzeitige Stärke schuldet.

Eine neue politische Landschaft bedroht die Existenz der AfD

Doch unabhängig davon zwingen auch andere politische Erwägungen die Alternative zu einer Entscheidung in ihrer Programmgestaltung. Das linkspolitische Vordenkerduo Wagenknecht/Lafontaine plant in Kürze den Start einer neuen „nationalen linken Sammelbewegung“, die im September 2018 aus der Taufe gehoben werden soll. Ein für die AfD äußerst gefährliches Unterfangen. Denn diese Bewegung, aus der künftig eine moderne Linke werden soll, droht mit ihrer angekündigten Schwerpunktpolitik aus Flüchtlingsbegrenzung und einem umfassenden Sozialkonzept, der AfD ihre wichtigsten Wählerkreise abspenstig zu machen. Ein politischer Schachzug von Links, der aufgehen könnte. Denn exakt diese Fragen, die Lafontaine/Wagenknecht hier aufwerfen, treiben auch den Großteil der AfD-Wähler um.

Parallel droht der AfD, wenn die CSU im Asylstreit mit der Kanzlerin ernst macht und künftig tatsächlich bundesweit antritt, ein zusätzlicher drastischer Wählerverlust in Richtung eines dann reformierten Unionslagers. Das belegen aktuelle Studien, die der CSU für diesen Fall mindestens 16 Prozent der Wählerstimmen vorhersagen.

Entscheidungen müssen getroffen werden

Angesichts dieser Entwicklungen kommt dem laufenden Parteitag in Augsburg eine zukunftsentscheidende Bedeutung zu. Die AfD steht wie nie zuvor vor der Notwendigkeit zu entscheiden, wohin sie sich entwickeln will: Maßgebliche Volkspartei oder wirtschaftsorientierte Klientelpartei. Beides kann die Alternative nicht haben.

Man darf deshalb gespannt sein, welche Beschlüsse die

Delegierten an diesem Wochenende zu diesen Themen treffen werden. Die Wähler werden es jedenfalls aufmerksam zur Kenntnis nehmen.